

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinmalig mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Dienstag bei Gebührenscheinung monatlich 2 M., durch unsere Zeitungsverkäufer in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., halbjährlich 12 M., jährlich 24 M. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben. Die Druckkosten sind in der Preisliste angegeben. Die Druckkosten sind in der Preisliste angegeben.



Inhalt des Blattes: Nr. 1 bis 6 gebührenlos, danach 2 M. pro Nummer, 2 M. pro Quartal, 6 M. pro Halbjahr, 24 M. pro Jahr. Die Druckkosten sind in der Preisliste angegeben.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 108

Mittwoch den 10. Mai 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Parthou erklärte, daß die Franzosen nicht bereit sind, einer Zusammenkunft der Signatarmächte vor dem 31. Mai zuzustimmen.
- In Genoa bespricht man wegen der englisch-französischen Gegensätze ein mögliches Ende der Konferenz.
- Die Gegenforderungen und Garantiewünsche der Russen werden in Genoa als unerfüllbar angesehen. Schanzer sucht zu vermitteln.
- Reichskanzler Dr. Wirth und Dr. Rathenau hatten eine zweite Unterredung mit Lloyd George. Dieser erklärte, daß England bei weiterem Widerstand Frankreichs gezwungen sei, neue Freundschaften zu suchen.
- Der englische Arbeiterführer Thomas sprach im Hinblick auf die französische Politik die Befürchtung aus, daß man seit 1914 einem Kriege niemals so nahe gewesen sei wie jetzt.
- Die amerikanische Regierung hat zu erkennen gegeben, daß sie mit einem Kredit amerikanischer Banken für deutsche Unternehmungen einverstanden sei.
- Der Dollar erreichte an der Berliner Montagbörse seitwiese einen Stand von über 300.

## Anleihegefahren.

Wenn man heute von den „schlechten Zeiten“ spricht, so denkt man gewöhnlich an die wachsende Teuerung und verpicht sich von ausländischer Hilfe in Form von Krediten eine Besserung, aber, was man in den breitesten Schichten des deutschen Volkes als Beginn einer wirksamen Gesundung ansieht, bringt gleichzeitig Gefahren mit sich, in denen vielleicht viele Krisen zugrunde gehen können. Mit der politisch notwendigen Anleihe sind schwere Bedenken für die deutsche Privatwirtschaft verbunden. In Genoa ist man namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht über Theorien nicht hinausgekommen. Die Anleiheberatungen, an denen auch amerikanische Vertreter teilnehmen, beginnen am 23. Mai in Paris. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß die Meldungen, die von großen Krediten sprechen, vorläufig noch recht unsicher sind, und wenn uns 30 Goldmilliarden vorgeschlagen werden, so müssen wir das zunächst als Illusion einschätzen. Wir brauchen nur zu berechnen, wieviel wir einstweilen als Vergütungen und Amortisation geben können, um die Höhe des ausländischen Kredits, der im günstigsten Falle wahrscheinlich ist, einigermaßen festzustellen. Einen Auslandskredit brauchen wir allerdings, um unsere Wirtschaft schonen zu können, andernfalls bricht sie zusammen. Die Erträge unserer Wirtschaft, die sie für den eigenen Bedarf dringend braucht, können wir für die Bezahlung der Reparationschulden also nicht rechnen. Es bleiben demnach vier Millionen Dollar aus dem liquidierten deutschen Besitz in Amerika, gleich 170 Millionen Goldmark, die wir als Zinsquote für zweijährige Verzinsung für höchstens 2 bis 3,5 Milliarden Goldmark anrechnen können. Darüber hinaus ist ein Kredit unter den jetzigen Verhältnissen noch recht unwahrscheinlich, und dieses Darlehen würde höchstens für die nächsten zwei Jahre die Zahlungen für die Reparationen decken. Daß dabei irgendwelche Hilfsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft oder für die Reichsfinanzen abfallen, ist wohl ausgeschlossen.

Ein gefährliches Pflaster ist der Substanzwert unserer Wirtschaft geworden, die sogenannten Gold- oder Sachwerte. Man glaubt namentlich in sozialistischen Kreisen, daß diese Besitztümer herangezogen werden könnten, um einen großen Auslandskredit zu finanzieren, d. h. sicherzustellen und zu verzinsen. In dieser Richtung sind es der Grundbesitz und die industriellen Unternehmungen jeder Art, bei denen man eine Versteigerung errechnete. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Bei einer Selbstentwertung, die zu dem Stande von 70 Papiermark gleich 1 Goldmark geführt hat, was auch amtlich unterlegt wird, sind nominell sämtliche Grundstücke etwa auf den zwanzigfachen, Hausbesitz höchstens auf den sechsfachen, Industrieanlagen höchstens auf den vierzehnfachen bis zwanzigfachen Friedenspreis gekommen. Das bedeutet also tatsächlich eine Entwertung des Grundbesitzes auf weniger als ein Drittel, und beim Hausbesitz sogar auf ein Zwölftel des ursprünglichen Wertes. Dieser wäre eigentlich zu 60 Prozent behebbar, aber in den meisten Fällen ist auch diese Grundlage verschoben, weil die ausländischen Devisen eine noch größere Spannung zu den Effekten- und Realpapierwerten aufweisen. Das Ausland müßte den deutschen Realbesitz deshalb höher bewerten, als es ihn in Deutschland käuflich erwerben könnte. Aus diesem Grunde, und weil die deutsche Wirtschaft nicht imstande ist, die entsprechenden Zinsen selbst eines solchen minimalen Kredits aufzubringen, sind die Sachwerte keine Unterklagen und keine Sicherheit für Goldkredite irgendwelcher Art.

Wir müssen aber mit steigender Unruhe einen Vorgang in unserer Wirtschaft verfolgen, der gerade jetzt deutlich zu werden beginnt. Bei anschwellendem Dollarkurs, dem die übrigen Devisen folgen, haben wir eine weitere, nicht unbedeutliche Entwertung unserer Effekte zu verzeichnen. Und dann hat jede Sanierungsmaßnahme, wie sie etwa in einer Anleihe bestehen würde, noch eine andere für uns höchst bedenkliche Nebenwirkung. In demselben Augenblick, in dem unsere Devisen befestigt wird,

davon wir eine neue Arbeitslosigkeit zu erwarten, und im Zusammenhang damit Beschäftigungs- und Verdienstlosigkeit für die Industrie. Die Exportausfichten haben sich überall merklich verringert, während der Kapitalbedarf angesichts der Lohnverhöhungen unheimlich wächst und nicht befriedigt werden kann. Die Effektenkurse fallen, und die Arbeitslosigkeit in den hochvaluarischen Ländern überträgt sich auf Deutschland. Die furchtbare Auswirkung des Versailles Vertrags werden wir daher erst in ihrer ganzen Schwere zu spüren bekommen, wenn nicht Hand in Hand mit einer Anleihe eine Herabsetzung der Reparationslast erreicht wird. —ka.

## Amerika und die Anleihepläne.

Nach Washingtoner Blättermeldungen will die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwendung erheben gegen eine Anleihe amerikanischer Banken an deutsche Unternehmungen, die über den Betrag der Reparationsverpflichtungen hinausginge. Morgens sehr vollkommen ein, daß eine Anleihe, die lediglich die Reparationsverpflichtungen deckt, nur dazu führen würde, daß die Vereinigten Staaten die französischen, belgischen und englischen Ansprüche bezahlen und daß jede Anleihe an Deutschland, wenn eine Sicherheit für den Zinsendienst gegeben sein sollte, so hoch sein müßte, daß sie auch die Organisation von Handel und Industrie ermöglicht. Weiter erklären Washingtoner Regierungskreise, die Durchführung einer deutschen Anleihe sei möglich, falls die Schuldsummen Deutschlands endgültig festgesetzt würde und auch sonst vernünftige Bedingungen aufgelegt werden. Der internationale Geldmarkt sei für eine derartige Transaktion gegenwärtig so gut vorbereitet wie niemals seit dem Waffenstillstand.

## Der Riß in der Entente.

Keine Zusammenkunft vor dem 31. Mai.

Die Konferenz von Genoa ist in ihr allerletztstes Stadium eingetreten. Diesmal geht es aber nicht um eine deutsche Frage, sondern um den Ausgleich schwerer englisch-französischer Gegensätze, die jeden Augenblick zum Ausliegen der Konferenz führen können. Lloyd George Sonderzug soll schon abfahrtsfertig bereitstehen. Parthou hat aus Paris die Mitteilung Poincarés mitgebracht, daß Frankreich dem Wunsch Lloyd Georges nach einer Zusammenkunft der Versailles Signatarmächte vor dem 31. Mai nicht nachkommen will und daß er auch ohne Belgien das Memorandum an die Russen nicht unterzeichnen will. Die Russen wieder stellen Forderungen, die als glatte Unmöglichkeit angesehen werden. Sie wollen einen

Regierungs-kredit von 8 1/2 Milliarden Goldmark

haben, und der geschickte Vermittler Schanzer hat sich vergeblich bemüht, sie von dieser Forderung abzubringen. Man berichtet, wenn es zum Bruch kommen sollte, so werde Lloyd George sofort abreisen. Die russischen Delegierten würden jedoch bleiben, um die Verhandlungen mit einzelnen Ländern fortzuführen. Man nimmt aber an, daß Lloyd George in diesem Falle vorher feierlich die Verantwortung auf dem Scheitern der Konferenz feststellen werde. Er will an erster Stelle die Russen, an zweiter die französische Regierung dafür brandmarken, daß das große Unternehmen der Rettung Europas Schiffbruch gelitten habe. Er hat zornig gehöhrt, Großbritannien betrachte sich von heute ab als frei, andere Freundschaft zu suchen

und zu pflegen. Seine Ratgeber seien seit langem in ihn gedrungen, ein Abkommen mit Deutschland zu treffen, selbst unter Preisgabe der britischen Reparationsforderungen. Frankreich habe seine Wahl zwischen der britischen und der belgischen Freundschaft zugunsten der Belgier getroffen. Die Belgier aber haben erklärt, daß sie auf ihrem Standpunkt in der russischen Frage beharren wollen. Von einer Reise Poincarés nach Genoa ist jetzt weniger als je die Rede, wo bereits viele Delegierte, so auch der größte Teil der deutschen Delegation, Genoa verlassen. Der Reichskanzler, Rathenau und Schmidt bleiben jedoch noch am Konferenztisch, wo sie vermittelnd an den politischen Verhandlungen teilnehmen.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die obersteinstische Autonomiefrage.

Neuerdings sind Zweifel aufgetaucht, ob die den Obersteinsten versprochene Abstimmung über die Autonomiefrage in jedem Fall, also auch für das durch den Senfer Spruch geschaffene Aestgebiet, stattfinden werde. Dazu hat jetzt der Reichsminister Dr. Köster erklärt, daß die Reichsregierung in voller Abstimmung mit der preussischen Staatsregierung an der Abstimmung festhalte und daß für die Wahrung der Abstimungsfreiheit das Reichsministerium des Innern nachdrücklich eintreten werde.

Die Arbeitszeit der Handgehilfen

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates wurde die zweite Lesung des Handgehilfengesetzes beendet. Gegen die „ununterbrochene“ tägliche Ruhezeit von 11 Stunden erhoben die Arbeitgeber wieder scharfe

Wedenken. Die Arbeitnehmer beharrten ebenso entschieden auf der ununterbrochenen Ruhezeit von täglich 11 Stunden. In der Gesamtstimmung wurde der Gesetzentwurf mit neun zu vier Stimmen abgelehnt. Die Arbeitnehmer der freien Gewerkschaften enthielten sich dabei der Stimme und zwar, weil der Gesetzentwurf keine festungsgenutzte Arbeitszeit vorsehe.

70 000 Flüchtlinge.

Im Hauptausschuss des Reichstages gab der Reichskommissar Schäfers eine ausführliche Darstellung seiner Tätigkeit in der Fürsorge für die Zivilgefangenen und Flüchtlinge. Bislang haben rund 70 000 Flüchtlinge Aufnahme in den Heimkehrslagern gefunden, die augenblicklich von 21 000 Personen belegt sind. Infolge der Wohnungsnot und des Mangels an geeigneter Beschäftigung ist ihre anderweitige Unterbringung nicht möglich. Für die in der nächsten Zeit aus den östlichen Grenzgebieten, aus Oberschlesien und aus den Ostprovinzen zu erwartenden Flüchtlinge müssen mindestens 24 000 neue Plätze beschafft werden, so daß sich die Vereinstellung weiterer Heimkehrerlager als notwendig erweist.

Abg. v. Kardorff über den Rapallovertrag.

In Aden sprach der volksparteiliche Abgeordnete von Kardorff über die politische Lage. Der Vertrag zwischen Deutschland und Rußland, so betonte er, bietet nach mehr als einer Richtung hin große Vorteile. Der größte Vorteil besteht darin, daß wir uns nach dem Vertrag von Versailles zum Handeln entschlossen haben. Keine Macht der Erde wird die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland hindern können; wenn Bergi und Heisterich nach Genoa gegangen wären, hätten sie auch nicht mehr erreichen können als Wirth.

Die Not des Saarlandes.

Die öffentliche Kundgebung des zweiten Bundeslages des Saarvereins in Dortmund nahm einen imposanten Verlauf. Ein Sprecher des Zentrums leitete an Hand von geschichtlichen Beispielen dar, daß die Saarfrage eine deutsche Frage ist, die zu retten man alle parteipolitischen Punkte zurückstellen müsse, da es sich um die Ehre des deutschen Volkes handelt. Der Kampf um das Saargebiet sei ein Kampf um das ganze Rheinland.

Eine Kundgebung des Remelgebietes.

Gegenüber den Wünschen der Danner nach Einverleibung des Remelgebietes protestiert der deutsch-litauische Remellandbund mit dem Hinweis darauf, daß das Remelgebiet seit fast 700 Jahren zu Preußen-Deutschland gehört hat und nur gegen den ausdrücklichen Willen der übergroßen Mehrheit (99 Prozent) der Remelländer und gegen alles Völkerrecht vom Deutschen Reich gewaltsam getrennt worden ist. Die Remelländer verlangen, wie ihnen ausdrücklich versprochen worden ist, vor einer Entscheidung über ihre staatliche Zukunft selbst gehört zu werden.

Aus In- und Ausland.

Braunschweig. Im Anschluß an den Sturz der Regierung in Braunschweig fordert die Unabhängige sozialdemokratische Partei die Auflösung des Landtags und die sofortige Wahlen der Neuwahlen.

Madrid. Die Mittelmeer-Schiffahrtsgesellschaft erhielt die Bewilligung, eine Flotte für die Heimführung der Truppen aus Marokko bereitzustellen.

Warschau. Hier wurden in den letzten Tagen zahlreiche kommunistische Führer verhaftet.

Bukarest. Die bolschewistischen Truppen in Besarabien, die an verschiedenen Orten rumänische Nachposten am Dnepr überfielen, sind irreguläre Banden, die plündern und ihre Streifzüge bis zu den polnischen Grenzen ausdehnen. Rumänien hat die notwendigen Abwehrmaßnahmen getroffen.

## Die zunehmende Teuerung.

Aber 20 Proz. Steigerung in einem Monat.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat sich im April weiter fortgesetzt. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete „Reichsindexziffer“ für die Lebenshaltungskosten ist im April auf 3175, so-

nach fast

das 32fache gegenüber 1913/14 gestiegen. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt von März auf April 20,3 Prozent. Wenig stärker als die Gesamtausgaben sind die Ernährungs-kosten gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Ernährungs-kosten beträgt im Durchschnitt des Monats April 4356. Die Kosten für die Ernährung sind im Reichsdurchschnitt von März auf April um 20,9 Prozent gestiegen. In der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben mehr oder minder fast alle Lebens-mittel beigetragen. Nur Eier und Spinat sind, der Jahreszeit entsprechend, überall etwas billiger geworden. Hier und dort zeigt sich auch ein geringes

Nachlassen der Preise für Fette

(Butter und Margarine) und Fische, ohne jedoch die Gesamttenz der Aufwärtsbewegung auch dieser Lebensmittelpreise wesentlich zu beeinflussen. Rindfleisch und Schweinefleisch sind im ganzen um mehr als 25 Prozent